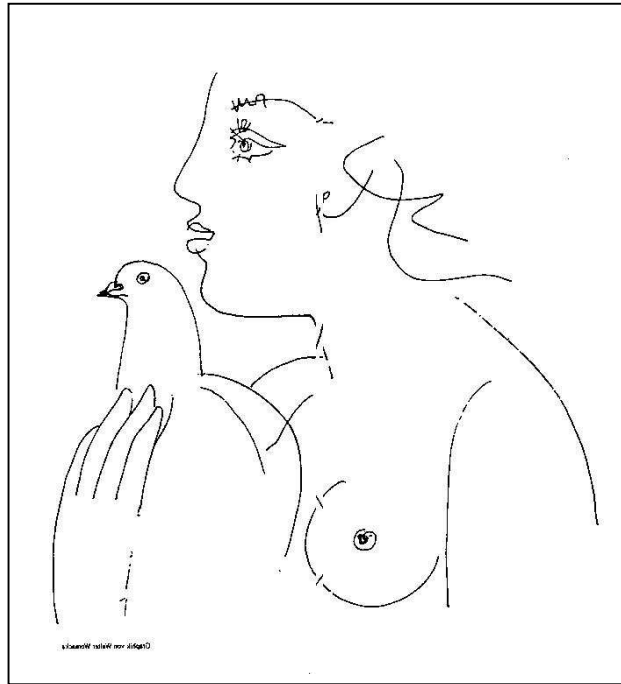


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 17



Nie wieder Faschismus

Mahnung und Verpflichtung

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 15.02.2005

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Der politische Alltag des heutigen Deutschland bietet ein widersprüchliches Bild. Besorgnis erregt, dass es zunehmend auch braun getönt ist. An so manchem Wochenende fordern Neofaschisten mit ihren provozierenden Aufmärschen in deutschen Städten die demokratische, antifaschistische Öffentlichkeit heraus - als NPD, als „Junge Nationaldemokraten“, als „Kameradschaften“, als sogenannte „Organisationen des (scheinbar) führerlosen Widerstandes“ („Leaderless Resistance“) wollen sie, wie eine ihrer unverschämten Parolen lautet, für „Recht und Ordnung“ zu sorgen!

Allein 2003 wurden über zehntausend Straftaten von Neonazis verübt. Geschändete jüdische Friedhöfe und Synagogen markieren den Weg der Gewalttäter. Zusammengeschlagene und Misshandelte – Antifaschisten, Ausländer, Migranten, Obdach- und Wohnungslose, Behinderte – zeugen vom Terror dieser Horden. Über 120 Menschen wurden seit 1990 Opfer der braunen Gewalt.

Der Schoß ist fruchtbar noch...

Ist der Neofaschismus, ist der Rechtsextremismus ein politisches Zufallsprodukt unserer Tage?

Rechtsextremismus weist – bei aller Unterschiedlichkeit seiner Erscheinungsformen – eine Kontinuitätslinie auf. Sie hat alle historischen Brüche und die verschiedenen Staatsformen – ob Kaiserreich, Weimarer Republik oder Bundesrepublik – durchzogen und durchdrungen.

Es sind vor allem die ökonomischen Machtverhältnisse und der das „Recht des Stärkeren“ rechtfertigende „Sozialdarwinismus“, die ihn fortwährend gebären. Wobei als subjektive Faktoren Finanzherren, Vertreter der Staatsbürokratie, hochrangige Militärs und Leute aus der Wissenschaft als ideologische Konservatoren gegen sozialen Fortschritt wirken und gegebenenfalls zu Felde ziehen.

Die mit „Blut und Eisen“ betriebene Reichsgründung 1870/71, das Hervortreten der „Völkischen“, das faktisch identisch ist mit rechtsextremistischer Ideologie und Praxis, markieren sein Aufkommen.

Es ist die Zeit, da Nietzsche als Beitrag für die künftige Entwicklung des neu entstandenen Reiches die „Züchtung der Herrenrasse“, den „Übermenschen“ einfordert.

Nach dem wirtschaftlichen „Gründerkrach“ 1874 beschwört der Historiker Treitschke das antisemitische Feindbild: „Die Juden sind unser Unglück“.

„Deutschtum“ wird gepredigt und geprägt, um dem vom Philosophen Spengler in die Debatte getragenen Gedanken vom „Untergang des Abendlandes“ zu begegnen. „Deutsche Männer“ sind in Politik und Wirtschaft gefragt und natürlich „deutsche Art“.

Der „Alldeutsche Verband“ propagiert „völkische Ideen“, die chauvinistische und rassistische Positionen herausbilden. Großdeutschland-Visionen entstehen und eine „abendländische, germanische, vor allem deutsche Zukunft“ wird propagiert. Der „Platz an der Sonne“ ist anvisiert. „Am deutschen Wesen“ soll schließlich

die Welt genesen.“
Für den Rechtsextremismus werden Krisenzeiten zu Konjunkturzeiten. Wenn Arbeitslosigkeit, Elend und Not von der herrschenden Klasse „freigesetzt“ werden, treffen sich Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus.

Die militärische Niederlage im Ersten Weltkrieg löste in Deutschland eine tiefe politische Krise aus. Die sozialen Folgen des Krieges werden auf die Bevölkerung abgewälzt. Um deren Empörung aufzufangen und zu kanalisieren, treten die „Vereinigung für nationale und soziale Solidarität“, die völkische Bewegung, die Thule-Gesellschaft und schließlich die „national-sozialistische“ Bewegung in die politische Arena. Die „Dolchstoß-Legende“ vom angeblich „im Felde unbesiegten“ Heer, dem die Revolution in den Rücken gefallen sei, wird suggeriert, begleitet vom Terror der „Freikorps“. So werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und viele andere gemeuchelt.

Der Kapp-Putsch scheitert an der gemeinsamen Aktion der Arbeiter.

Die Thule-Gesellschaft bereitet der NSDAP die Startbedingungen für den Aufbau einer rassistischen, chauvinistischen und antisemitischen Bewegung. Die Gebrechen des Kapitalismus werden u.a. auf das „Wirken jüdischer Spekulanten“ geschoben. Die NSDAP schwimmt auf der „völkischen“ Welle. Sie erhält Oberwasser mit der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit am Ende der „Goldenen Zwanziger“, Anfang der 30er Jahre.

Nach der terroristischen Diktatur des deutschen Faschismus sammeln sich in der alten Bundesrepublik, in der nach der militärischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg die alten Machtverhältnisse restauriert werden, Alt- und Neofaschisten zur Bildung neofaschistischer Parteien und Organisationen.

Die Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik Mitte der 1960er Jahre, die zu Arbeitslosigkeit und einer sich verschärfenden Haushaltskrise sowie zum Scheitern der CDU/FDP-Regierungskoalition führt, nutzen die

Neofaschisten erfolgreich aus: Sie ziehen in die Landtage von Hessen und Bayern ein, später in die von Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Aus dem Schoß der alten, von Krisen erfassten Macht kriecht weiterhin Rechtsextremismus und Neofaschismus.

Gesellschaftskrise heute.

Nach dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus sind der neoliberalen Globalisierung Grenzen genommen, treten auch deutsche „Global Players“ verstärkt in Aktion. Transnationale Konzerne verschaffen sich mit Hilfe internationaler Institutionen und gegebenenfalls auch militärisch rund um den Erdball den Zugriff auf Ressourcen und billige Arbeitskräftereservoirs.

Globalisierung der Armut und globale Billiglohnexportwirtschaft werden Programm.

Die von den Großkonzernen entfachte Konkurrenz zwischen Ländern mit höheren und solchen mit geringeren Löhnen verstärkt den Druck hinsichtlich des Lohn- und Sozialabbaus.

Im Lande des Exportweltmeisters leben real etwa sieben Millionen Menschen ohne Erwerbsmöglichkeit. Die Zerstörung bzw. Privatisierung sozialstaatlicher Strukturen mit Hilfe von „Reformen“ schreitet voran. Die „Agenda 2010“ besorgt den schrittweisen Abbau der sozialen Sicherungssysteme. Die Transnationalen Konzerne schaffen mit ihrer Jagd nach Maximalprofiten eine tiefe soziale Kluft quer durch die Gesellschaft. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Deutschland immer weiter auseinander. Der erarbeitete Reichtum der Gesellschaft konzentriert sich immer mehr bei Großkonzernen und Großbanken.

Die oberen zehn Prozent aller Haushalte besitzen 47 Prozent des Netto-Vermögens, die untere Hälfte dagegen lediglich vier Prozent. Der Anteil der von Armut betroffenen Haushalte steigt seit 1998 von 12,1 auf 13,5 Prozent. Die Zahl der überschuldeten Haushalte wächst in dieser Zeit um 13 Prozent auf über drei Millionen.

Ebenfalls in dieser Zeit fließen mittels Steuergeschenken und Steuersenkungen über 100 Milliarden € an Vermögende und Kapitalgesellschaften.

Die Kehrseite:

Das gesellschaftliche Klima ist durch Unsicherheit, Existenzangst und Perspektivlosigkeit für viele geprägt. Arbeitnehmer werden durch Lohndumping, Lohnsenkungen und Mehrarbeit ausgepowert und Langzeitarbeitslose durch Hartz IV entmündigt. Kranke werden durch Zuzahlungen und Eintrittsgelder in Arztpraxen geschröpft. Kinder werden zunehmend zu Sozialhilfeempfängern und Studenten mit Studiengebühren zur Kasse gebeten. Ältere Bürger sind von Rentenkürzungen betroffen.

Der von der Regierung gefahrene politische Kurs höhlt die Demokratie aus und Politik- und Parteienverdrossenheit nehmen zu.

In den Behörden häufen sich Korruption und Bestechung von politischen Amtsträgern.

In Ostdeutschland erweist sich die nach dem Anschluss an die BRD vollzogene Deindustrialisierung als Ursache für die rigorose Veränderung von Lebens- und Arbeitsbedingungen und damit als nachhaltiges politisches Negativum. Soziale Deklassierung für zahllose Bürger ist die Folge. Ungerechtigkeit und Demütigung überschatten den Alltag.

Deutschland ist von einer tiefen ökonomischen und sozialen Krise erfasst.

Aus sozialer Demontage und Demokratieabbau, aus der Krise schlägt neofaschistische Demagogie politisches Kapital.

In dem Begleitwort der IG Metall zu einer von VVN/BdA durchgeführten Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ heißt es u.a.: „Eine solche, problematische gesellschaftliche Entwicklung bildet den Nährboden für rassistisches und faschistisches Gedankengut, der es den kriminellen Netzwerken, die von Neonazis angeführt werden, leichter macht, Menschen mit ihrer braunen Ideologie zu vereinnahmen.“

„Wir müssen feststellen“, sagt der PDS-Fraktionsvorsitzende im sächsischen Landtag, Peter Porsch, „dass der Faschismus nicht vom Rand der Gesellschaft, nicht aus den Milieus der Entrechteten und der Enttäuschten kommt. Dieser Faschismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft.“

Politische Mitte?

Die in der Politischen Mitte und von Vertretern der so genannten Politischen Klasse vertretenen Positionen zu Ausländerfragen sowie eines

Antiislamismus haben eine Atmosphäre geschaffen, die es Neofaschisten erlaubt, sich im Mainstream wiederzufinden.

Um kurzfristige Erfolge, beispielsweise bei Wahlen, zu erreichen, feilschen und fischen bürgerliche Politiker am rechten Rand der Gesellschaft. Sie bedienen und erzeugen als Stichwortgeber objektiv Stimmungen, die den Neofaschisten günstige Freiräume verschaffen.

Der ehemalige Innenminister und Schwarzgeld-Spezialist **Kanther** verkündete: „Die CDU muss eine Politik machen, zu der die Wähler der Republikaner ja sagen können.“

Der brandenburgische Innenminister **Schönbohm** kommentierte DVU-Forderungen nach „Begrenzung des Ausländeranteils, Beschleunigung von Asylverfahren, Stopp dem zunehmenden Ausländerzustrom“ mit den Worten: „Ein Teil davon ist inzwischen sicher Allgemeingut. Sogar der Bundeskanzler hat schon Ähnliches gefordert.“

Faktisch geht über Jahre eine Anpassung der Standpunkte bürgerlicher Politiker an Forderungen aus den Parteiprogrammen von NPD, DVU und REP's vor sich.

Da wurde die Öffentlichkeit mit Parolen überschwemmt wie die von der „durchrassten Gesellschaft“ (Stoiber), von der „Überfremdung“, von der „Ausländerflut“ oder der „Asylantenschwemme“, von den „Wirtschaftsasylanten“. „Das Boot ist voll“, hieß es. „Kinder statt In-der“ verlangte der CDU-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Rüttgers.

Da meinte Bundesinnenminister **Schily**: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“

Da gewann der CDU-Ministerpräsident **Koch** die Landtagswahlen mit der Kampagne gegen doppelte Staatsbürgerschaft.

Inzwischen vollzog sich, durch die Bundesregierung forciert, der Ausbau und die hermetische Abschottung der „Festung Europa“ gegen Flüchtlinge und Migrantinnen. Das Asylrecht wurde quasi beseitigt.

SPD-Innenminister Schily denkt an die Einrichtung von Flüchtlings-Auffanglagern in Nordafrika.

Die CSU-Führung fordert, Ausländer hätten die „deutsche Leitkultur“ zu übernehmen und man müsse „allen Bestrebungen entgegentreten, Deutschland in eine multikulturelle Gesellschaft umzuwandeln.“

Mit dieser aus der Politischen Mitte vorgetragenen Dauerkampagne wurde und wird eine gesellschaftliche Zustimmung zur Ausgrenzung, Diskriminierung und Entrechtung von Menschen erreicht, die als „Ausländer“ wahrgenommen werden.

Gleichzeitig wurde die von den Neofaschisten ausgehende rechte Gefahr immer wieder heruntergespielt. Als neonazistische Straftaten eskalierten, wurde dillethantisch ein NPD-Verbotsverfahren eingeleitet, das einerseits als Debakel, andererseits mit einer Aufwertung der NPD endete.

Sie erhielt auf diese Weise vom Bundesverfassungsgericht erhöhte „Rechtssicherheit“. Ihre gleichberechtigte Teilnahme am politischen Leben dieses Landes wurde juristisch untermauert. Die NPD registriert Zulauf.

Obwohl Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, wird den Neonazis, wie die Ablehnung von Verbotsanträgen gegen deren Aufmärsche beweist, ausdrücklich das im Grundgesetz in Artikel 8 verankerte Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ebenso garantiert, wie die in Artikel 5 fixierte Meinungsfreiheit.

SPD-Politiker Wiefelpütz betont, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit dürfe durch Verbote nicht beschädigt werden.

So macht die bundesdeutsche Justiz praktisch die Straße frei für Neonazis und die Polizei ist veranlasst, deren provokante Demonstrationen zu schützen, hartes Vorgehen gegen antifaschistische Gegendemonstranten eingeschlossen.

Das Bundesverfassungsgericht legitimierte sogar eine antisemitisch begründete Aktion gegen den Bau einer Synagoge in Bochum mit Verweis auf das verbrieft Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Mit dieser Entscheidung wurde von Gerichts wegen Antisemitismus faktisch in den Rang einer „Meinung“ erhoben!

Die Massenmedien leisten ein Übriges.

In einer Vielzahl von „Dokumentationen“ werden von öffentlich-rechtlichen und von privaten Fernsehanstalten sowie von Hörfunksendern die Naziverbrecher – oftmals „unterhaltend“ - in Hauptsendezeiten einem Millionen-Publikum „nahegebracht“. Spielfilme entdecken einerseits „menschliche Regungen“ bei Nazi-Größen und ordnen andererseits Verbrechen gegen die Menschheit, insofern sie überhaupt erwähnt werden, der „individuellen Psyche“ einzelner „Führer“ zu. Das faschistische Terrorsystem wird in solchen „Dokumentationen“ mitunter verklärt.

Die Lehren der Geschichte werden von der Politischen Klasse bisher weitgehend negiert. Sie besagen auch dies: Die Politische Mitte darf beim Hervortreten einer rechtsextremistischen, faschistischen Welle und Bewegung nicht außer Acht gelassen werden.

Drei-Säulen-Konzept

Die braunen Organisationen verfahren nach einem „Drei-Säulen-Konzept“, um mehr Einfluss in der Öffentlichkeit zu gewinnen.

Ihre Losung: „Um Köpfe, die Straße und die Parlamente“.

Schon vor fast einem Jahrzehnt wurde in dem NPD-Organ „Deutsche Stimme“ darauf spekuliert, **„durch eine geschickte Thematisierung der ‚sozialen Frage‘ in Verbindung mit der Ausländerproblematik eine nationalistische Politik besser als je zuvor in den Köpfen unseres Volkes zu verankern.“**

Und so spielen sich Neofaschisten als Interessenvertreter von Arbeitslosen, Beschäftigten, Jugendlichen und aller „wahren Deutschen“ auf. Die Neonazis betreiben - wie ihre Vorgänger - eine raffinierte soziale Demagogie, angefüllt mit Nationalismus und Rassismus, als langfristige Strategie. Sie verbinden diese Demagogie mit der Ausländerfrage.

Eine wüste Hetze wird gegen die geplante Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei betrieben. Unter der Losung „Jetzt kommen die Türken“ wird zum „Kampf um das Abendland“ aufgerufen. Eine DVU-Unterschriftensammlung ist eingeleitet. Motto: „Das Abendland darf nicht untergehen.“

Die NPD verlangt eine „Initiative gegen Sozialabbau und Einwanderung ins soziale Netz.“ „Hartz ist unsozial – unser Kampf ist national“, „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben“ und „Multikulti ist gleich Sozialabbau“ tönnte es auf Montagsdemonstrationen, die die Neonazis für die Propagierung rassistischer und nationalistischer Parolen zu missbrauchen suchten. Die NPD will als „Partei der sozialen Gerechtigkeit“ erscheinen.

Systematisch werden Ausländer als die Schuldigen der Arbeitsmarktmisere diffamiert.

Doch die Massenarbeitslosigkeit vor 1933, die sich in Deutschland zahlenmäßig in etwa den gleichen Dimensionen wie in der heutigen Bundesrepublik bewegte, kannte ausländische Arbeitskräfte gar nicht. Eine besonders hohe Arbeitslosenquote wird seit Jahr und Tag in den neuen Bundesländern verzeichnet. Doch den eineinhalb Millionen deutschen Arbeitslosen stehen hier lediglich 40.000 ausländische Beschäftigte gegenüber!

Die braunen politischen Falschmünzer gebärden sich als „Schützer des deutschen Waldes“, Vertreter eines „schönen und sicheren Wohnens“, wenn es gegen die Einrichtung eines Asylbewerberheimes geht und

besonders emsig als angebliche Vorkämpfer der Interessen der jungen Generation. „Jugendzentren“ wollen sie und „Sichere Perspektiven für die Jugend“.

Eine besondere Rolle im „Kampf um die Köpfe“ ist der Fascho-Musik zugedacht. So bringen in abgeschotteten Räumen einige Musikbands Hass-Tiraden mit Hilfe von Hass-Sängern oder per CD besonders zu jungen Menschen. Der Name der Bands ist Programm: „White Aryans Rebels“, „Macht und Ehre“, „Landser“, „Spreegeschwader“, „Legion of Thor“ oder „Radikal“.

In wochenlangen „Einsätzen“ wird vor Schulen kostenlos eine „Schüler- CD“ mit beigelegten „Erläuterungen“ verteilt. Skinhead-Konzerte haben Konjunktur.

Gegen „Nigger“ wird zu Felde gezogen. Und gegen Juden „als handelndes, herumreisendes, machtgeiles, wucherndes Volk“. Zum „Sonderzug nach Mekka“ wird aufgerufen.

Die „Zillertaler Türkenjäger“ spielen zum Rassismus auf.

Die Berliner Band „Landser“ ruft, um nur ein Beispiel zu nennen, mit den Texten ihrer „Musik“ zum Pogrom: „Afrika für Affen, Europa für Weiße. Steckt die Affen in ein Klo, spült sie weg wie Scheiße.“

Die „Herrenrasse“ wird besungen. Oft gefragt ist das antisemitische Lied „Blut muss fließen“ aus den 1920er Jahren.

Die Texte reizen so manchen sich selbst überlassenen und verlassenen Halbwüchsigen, in diese Szene einzusteigen.

Unaufhörlich tröpfelt neonazistisches Gift – nicht zuletzt über Internet – in die Köpfe von Menschen, von vor allem jungen und es hinterlässt zersetzende Wirkung, macht bereit zu zerstörerischem Tun.

Im „Kampf um die Straße“ haben die Neofaschisten es darauf angelegt, ihre provokatorischen Demonstrationen zum „normalen“ Erscheinungsbild der Städte werden zu lassen. Die Planungen und die Anträge für die Zustimmung der Behörden reichen zum Teil bis ins nächste Jahrzehnt!

Im „Kampf um die Parlamente“ sollen legale Tribünen für Demagogie und Hasspropaganda geschaffen werden.

Nach dem Einzug der NPD und der DVU in die Landtage von Sachsen und Brandenburg haben beide Parteien einen Pakt beschlossen. Zur Bundestagswahl 2006 will, nachdem eine Listenverbindung beider Parteien abgelehnt wurde, nur die NPD antreten. Auf ihrer Liste sollen jedoch 15 DVU-Mitglieder kandidieren. Zur Europawahl 2009 soll

dann die DVU antreten. Auf ihrer Listen sollen sechs NPD-Mitglieder kandidieren.

Die DVU hat inzwischen 250.000 € für die bevorstehenden Wahlkämpfe der NPD bereit - gestellt.

Taktische Finessen

Die Neofaschisten wollen ihr Erscheinungsbild aufpolieren und ihr Auftreten differenzierter gestalten. Nadelstreifen treten neben vier-schrötige Glatzen und das Outfit von Autonomen. Palästinensertücher sind längst „in“ - auch Che Guevara-T-Shirts!

Neben dem Schwarz bei Aufmärschen taucht das von Hitler für die Irreführung von Arbeitern so oft beschworene Rot auf.

Obwohl geschmeidiges demagogisches Taktieren Platz greift, bleiben auch terroristische Anschläge im braunen Aktionsprogramm.

Zunehmend ist „Geselligkeit“ angesagt. Emsig wird „richtiger Ton“ geübt. „Seriosität“ wird einstudiert, um als Vertreter einer „seriösen Alternative“ zur herrschenden Politik zu erscheinen. Haus-, Straßen- und Kinderfeste, Dampferfahrten und Tanzveranstaltungen, Zeltlager, Nachtangeln und Fußballturnier mit Rechten als Organisatoren oder Teilnehmern sind keine Seltenheit.

So wird Jugendlichen „Gemeinschaftserlebnis“ versprochen. Bei der NPD oder DVU sei man „gut aufgehoben“ weil hier noch „Kameradschaft“ und „Gemeinschaftssinn“ herrschten.

Zunehmend werden Themen berechtigter Bürgerinteressen aufgegriffen, linke Forderungen unterlaufen, Bürgerbewegungen und –initiativen unterwandert. Selbst „Mieterberatungen“ werden angeboten! Werte und Erfahrungen der Arbeiterbewegung werden – wie vor 1933 – besetzt oder ausgenutzt.

Mit dem Ziel, ihre Demagogie zu verfeinern und wirkungsvoller zu gestalten, ist seitens der Parteiführer mehr und mehr „Klasse statt Masse“ gefragt, um ihre Funktion im System zu erfüllen: Bereits vorhandene Angst und Unsicherheit vieler Menschen zu verstärken, Unruhe zu verbreiten und nach dem „starken Staat“ zu rufen. Und nicht zuletzt – um sozialen Widerstand zu binden, Linke zu terrorisieren und Gewerkschaften zu bekämpfen.

Im alten Ungeist

Das Weltbild der NPD erweist sich als „nationalsozialistisches“ Kompendium von Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und sozialer Demagogie. Das NSDAP-Programm stand Pate bei der Herausbildung neofaschistischer Ideologie.

Wie die faschistische Bewegung von gestern zutiefst antinational und chauvinistisch war, so ist auch ihre Nachgeburt unvereinbar mit den Interessen der Nation.

1923 hatte Hitler die „nationale Revolution“ verkündet.

Auch heute ähnliche Parolen: „Ein Aufstand der Deutschen ist überfällig“ heißt es hier und da in den braunen Losungen. Man spricht von „nationaler Wiedergeburt“ und vom „nationalen Befreiungskampf“.

Mit ihrem nationalistischen und chauvinistischen Geschrei führten die Vorgänger unser Volk in Krieg, Völkermord und Zerstörung. Rassismus durchdrang faschistischen Größenwahn. Die Nazis beschworen die „nordische Rasse“, deren Verkörperung die Herrenmenschen seien – allen anderen überlegen!

Andere Menschen seien durch „artfremde Beimischungen verdorben“, „Untermenschen“ also.

Von der Forderung im NSDAP-Programm, „Nichtstaatsangehörige“, „Nichtdeutsche...aus dem Reich auszuweisen“, bis hin zur Vernichtung der „Untermenschen“ zog sich eine furchtbare Blutspur. Die „Volksgemeinschaft“ der „nordischen Rasse“, der Arier, war das Bindewort, um Volksgenossen bis zum „Endsieg“ im „heldenhaften Kampf“ zu verheizen.

Die Neofaschisten schwimmen im gleichen braunen Fahrwasser. Auch sie teilen die Menschen in „Rassen“ ein und nennen sich „Arier“. Wieder gehe es darum, das Land „ohne Nichtdeutsche“ zu „gestalten“. Appelle richten sich an „volkstreue Deutsche“. - um den „Fortbestand unseres Volkes“, um „ein Deutschland der Deutschen“ zu sichern – gegen „Überfremdung“, gegen „Umvolkungspläne“, die mit der EU-Osterweiterung verfolgt würden. Das „Antideutsche“ sei zu bekämpfen – „auf allen Ebenen, mit allen Mitteln“.

Eine „Bewegung deutsche Volksgemeinschaft“ sei vonnöten, eine (rechte) „Deutsche Volksfront“, um „völkische Neuordnung“ zu schaffen.

„Nichtdeutsche“, Ausländer, anders Aussehende werden zur Zielgruppe, die zu bekämpfen sei. Die Leitsprüche: „ Ausländerstopp!“, „Rückt dem antideutschen Mob auf die Pelle“!

Antisemitismus war einer der Hauptpunkte im NSDAP-Programm. „Kein Jude kann Volksgenosse sein“, hieß es da. Der „jüdisch-bolschewistische Gegner“ und die „jüdische Hochfinanz“ der USA wurden zu „Erzfeinden“ erklärt. Die „Umsetzung“ dieses Feindbildes erfolgte in furchtbaren Pogromen und mündete im Holocaust, in der in der bisherigen Geschichte einmaligen vielmillionenfachen industriellen Vernichtung von Menschen.

Die Neofaschisten setzen den Antisemitismus teils offen, teils verdeckt fort. Eine „jüdische Weltverschwörung“ wird konstruiert. „Weltjudentum“ dominiere die Politik. Das „internationale Finanzkapital“, das „jüdisch identifiziert“ sei, konzentriere sich an der „Ostküste der USA“. Aus dieser Drohkulisse wird massiver Antiamerikanismus abgeleitet.

Der neue (oder alte) Antisemitismus tritt auch in der infamen Provokation von NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag zu Tage. - Eine Gedenkminute für die Opfer des Faschismus wird verweigert, der britische Bombenangriff auf Dresden vor 60 Jahren als „Bomben-Holocaust“ bezeichnet, um die Unmenschlichkeit des faschistischen Systems in Deutschland perfide zu relativieren.

NPD-Führer Voigt spottet über das Berliner Mahnmal für die Opfer des Holocaust: „Wir bedanken uns dafür, dass man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat“!

Inzwischen richtet sich jede zehnte neonazistische Straftat gegen jüdische Mitbürger und dazu gehört u.a. auch, dass der Nazi- Pogromruf „Jude verrecke“ an Schulgebäude gesprüht. wird.

Auch in ihrer sozialen Demagogie knüpfen die Neofaschisten an die Praktiken ihrer Vorgänger an.

Reaktionäre Umdeutung, Umcodierung und Umfunktionierung linker Werte, Inhalte und Begriffe gehört zum neofaschistischen Selbstverständnis und Handwerk.

Damals wie heute ist man bestrebt, „Antikapitalismus“ vorzuspielen und sich antikapitalistisch zu gebärden. Die Nazis sprachen einerseits vom „schaffenden“ (dem deutschen, arischen) und vom „raffenden“, (dem jüdischen) Kapital“, um ihre Systemtreue auszuweisen und ihre Verlässlichkeit zu offerieren. Bekanntlich flossen umfangreiche Geld-

mittel von Schwerindustrie und Hochfinanz für eine entsprechende Propaganda. Im Krieg erhielten diese Herren ihre Investitionen in die faschistische Bewegung bei der Ausplünderung okkupierter Länder mit horrenden Kriegsgewinnen zurück.

Die Nazis versuchten den Begriff „Sozialismus“ zu vereinnahmen, um die Anziehungskraft, die er bei arbeitenden Menschen genoss, für ihre verbrecherischen Ziele zu missbrauchen.

Die Neonazis operieren auf der gleichen „Wellenlänge“. Auch heute das Jonglieren mit dem Begriff des Sozialismus, um damit das „Oben“ und „Unten“ im Bewusstsein der Menschen zu eliminieren und die sozialen Wurzeln von Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau sowie die Verursacher der Gesellschaftskrise zu verdecken.

Dazu gehört auch die Praxis, das Völkische als Leitgedanken der Demagogie einzusetzen. Volk, Völkisches, Volksgemeinschaft, sollen Gemeinsamkeit der Gesellschaft suggerieren.

Es fehlt auch nicht an Versuchen den Friedensgedanken zu missbrauchen. Während sich einerseits braune Provokateure scheinheilig als „Friedensfreunde“ und „Teil der Friedensbewegung“ ausgeben, verstehen sie andererseits Krieg als Naturnotwendigkeit. Den USA-Krieg gegen Irak lehnen sie ab, Krieg für „deutsche Interessen“ dagegen nicht.

„Heim ins Reich“?

Die Neofaschisten können wie ihre Vorgänger erlittene militärische Niederlagen nicht verwinden. Ihre Propaganda schreit nach Revanche für die erlittene Niederlage, die das faschistische Dritte Reich in dem von ihm angezettelten Weltkrieg erfuhr.

Hitler wird als „großer Staatsmann“ gepriesen. Sein Stellvertreter Heß wird alljährlich gefeiert. Heldenverehrung wird ritual gepflegt. Faschistische Militärs, auch ausgewiesene Kriegsverbrecher, werden glorifiziert.

So werden Medaillen zum Kauf angeboten, die die Porträts von Kriegsverbrechern wiedergeben. Text der Medaillen: „Die besten Soldaten der Welt“ und „Unsere Helden leben in unseren Herzen“!

Der von den Neonazis betriebene Geschichtsrevisionismus wird von regelmäßigen „Heldengedenkfeiern“ begleitet und dabei der „hohe Blutzoll“ der Väter hervorgehoben.

Wehrmacht und die Waffen-SS sind die Vorbilder der Neofaschisten –

ihnen gehöre „Ruhm und Ehre“. Die „Tradition der Wehrmacht“ sei zu schützen. Das schließt Hetze und Anschläge gegen die Wehrmachtsausstellung ein.

In der vom neonazistischen Verlag „Deutsche Stimme“ gestalteten „Kalenderoffensive 2005“ werden „deren (der Waffen SS und Wehrmacht) Angriffsmut und auch Strapazen, oft im Kampf gegen einen überlegenen Feind“ gefeiert.

Im Vorfeld des 60. Jahrestages der Befreiung unseres Volkes von Faschismus und Krieg wird im DVU-Blatt „National-Zeitung“ kampagnemässig eine neue Kriegsschuldlüge verbreitet. So wird für das Machwerk „Deutsches National Lexikon“ geworben, in dem es heißt, der Zweite Weltkrieg sei der „Kampf der vier Imperialmächte Britisches Empire, Französisches Weltreich, USA und UdSSR, die zwei Drittel der Erdoberfläche und 80 Prozent der Weltressourcen kontrollieren, mit den Aufsteigerstaaten Deutschland, Italien und Japan...“ gewesen.

An anderer Stelle wird die Befreiung von Faschismus und Krieg mit der Lüge verleumdet: „Dem Krieg folgte ab 1945 eine grausame Abrechnung mit den besiegten Völkern.“ Das deutsche Volk soll als „Opfervolk“ erscheinen.

Zum 8. Mai 2005 wollen die Neofaschisten mit entsprechenden Losungen in ihren Aufmärschen das Gedenken an die Opfer des Krieges, an den antifaschistischen Befreiungskrieg der Anti - Hitler - Koalition und den antifaschistischen Widerstand von Angehörigen vieler Nationen, darunter auch des deutschen Volkes besudeln.

Klopft man die neofaschistische Geschichtsklitterung und das darin eingebettete Revanchedenken auf deren Grundgehalt ab, so geht es den braunen Raubrittern von heute um die offen verkündete „Wiederkehr des Dritten Reiches“, um die „Wiederherstellung des Reiches“.

Parteien und Organisationen

In der neofaschistischen Szene taucht eine Vielzahl von Namen unterschiedlicher Organisationen und Organisationsformen auf. Vereinzelung scheint Praxis. Doch der Schein trügt. Tatsächlich wird Vernetzung groß geschrieben.

Wahlparteien sind die NPD, die DVU und die REP's (Republikaner).

Vor allem die NPD, vor über vier Jahrzehnten als Sammlung von Alt- und Neonazis gegründet, bläst zum Zusammenschluss. Sie will als Scharnier zwischen den zahlreichen neofaschistischen Organisationen

und Gruppen fungieren. Und sie will militante Verbände integrieren. Schulterchluss mit den vorwiegend regional agierenden „Freien Kameradschaften“ ist angesagt. Die rund 3.000 Leute dieser „Kameradschaften“ sollen an die etwa 5.500 Mitglieder starke NPD herangeführt werden. Eine heikle Aufgabe. Denn: Zum einen handelt es sich um ein besonders gewaltbereites Potenzial. Zum anderen operierten die zumeist relativ kleinen Gruppen (fünf bis 20 Mitglieder mit einem Altersdurchschnitt zwischen 18 und 25 Jahren) nach dem Motto: Organisation ohne Organisation. Gruppen dieser Art treten auch als „Front“, „Freundeskreis“ oder „Heimatschutz“ auf.

Die NPD schöpft Nachwuchs auch aus der von den Skinheads entwickelten subkulturellen rechten Jugendszene. Und sie erhielt in jüngster Zeit Zulauf durch Übertritte aus den REP's und der Schill-Partei.

In die legalen neonazistischen und rechtsextremistischen Parteien sowie in solche Organisationen wie u.a. „Die Nationalen“, „Nationale Alternative Berlin“, „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“, „Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)“, „Vandalen“, „Weißer Arischer Widerstand“ und „Anti-Antifa“ schlüpfen Mitglieder verbotener Organisationen. Als da u.a. sind „Junge Front“, „Deutsche Alternative“, „Nationale Liste“, „Nationale Sammlung“, „Freundeskreis Freiheit für Deutschland“, „Blood & Honour“ und „Hammerskins“.

Die Neonazis verfügen zur Finanzierung ihrer antidemokratischen Umtriebe über umfangreiche Mittel. Als stabile Quelle erweist sich gemäß der Regelungen der staatlichen Parteienfinanzierung der Zufluss an Steuermitteln.

Bekanntlich können die legalen Parteien in diesem Lande, also auch NPD, DVU und REP, Mittel aus dem Steuersäckel beanspruchen, wenn sie beispielsweise bei einer Landtagswahl mindestens ein Prozent der Stimmen erhalten. Insofern fließen ihnen für jede für ihre Liste abgegebene Stimme 0,70 € zu. Außerdem bekommen sie 0,38 € für jeden Euro, der für sie gespendet oder als Zuwendung gezeichnet wurde.

DVU und NPD kassierten bisher etwa fünf Millionen € Für ihr Abschneiden bei den Landtagswahlen 2004 dürften die Kassen der DVU mit über 60.000 € und die der NPD mit über 160.000€ aufgefüllt worden sein.

2003 wurde die DVU mit über 230.000 €, die NPD mit über 330.000 € staatlicherseits alimentiert.

DVU-Chef Frey hat sich als Verleger längst zum Millionär entwickelt. Aus dem Umsatz neonazistischer Publikationen werden von ihm regelmäßig Mittel für den Kampf gegen Demokratie und inneren Frieden abgezweigt.

Lukrative Geschäfte werden seit Jahren mit Tonträgern mit Skinhead-Musik erzielt.

Millionenumsätze werden mit dem „Sound des Hasses“ eingespielt.

Internationale Netzwerke in der europäischen Neonazi-Musikszene wirken mit dem „Blood & Honour“-Netzwerk an der Spitze.

Und nicht zuletzt stehen den Neonazis nicht namentlich bezeichnete Finanzquellen aus den USA zur Verfügung. Der CDU-Außenpolitiker und ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Willy Wimmer, äußerte: „Diese Metastasenparteien erhalten gerade aus den USA große Finanzmittel.“

Woche für Woche erscheinen zahlreiche Zeitungen, Zeitschriften und Magazine, Filme und CD's, Info-Blätter und Bücher der Neonazis.

Über 100 Publikationen werden regelmäßig herausgegeben.

„Nationale Infotelefone“ und Mailing-Listen tun ein Übriges.

In rassistischen Computer-Spielen werden Treibjagden auf „Nigger“, „Zecken“ und „Juden“ veranstaltet. Die Jäger werden als „Dr. Mengele“, „Türkenkiller“ und „Judenvergaser“ ausgewiesen. Sind entsprechende „Jagderfolge“ erzielt, so werden sie mit „Heil Hitler“ gefeiert.

Die Nutzung des globalen Internets zur Verbreitung verfassungsfeindlicher Ziele und antidemokratischen Ungeistes ist von den Neofaschisten zum bevorzugten Kampfmittel ausgebaut worden. Die informationelle Vernetzung hat in den vergangenen Jahren immer neue Dimensionen erreicht. Hunderte von Hompages der verschiedenen Parteien und Organisationen dienen in verschiedenen Genres als Werbeträger.

Deutsche Gesetzgebung wird dadurch umschifft, indem Internetanbieter anonym auftreten und fast durchweg im Ausland, vor allem in den USA, angesiedelt sind.

Potenziale

Die neofaschistischen Führer spekulieren darauf, dass ein latentes rechtes Potenzial in der Öffentlichkeit unter bestimmten Bedingungen in manifestes Potenzial umschlägt und bei Wahlen für ihre Parteien zu Buche schlägt.

Meinungsumfragen und –analysen gehen davon aus, dass dieses latente Potenzial wesentlich umfangreicher ist als es in den Wahlergebnis-

sen für die NPD, die DVU oder die REP's bisher zum Ausdruck kommt.

Parteienforscher schätzen, dass etwa die Hälfte der Wähler, die diesen Parteien ihre Stimme geben, Überzeugungstäter mit einem geschlossenen rechtsextremistischen Weltbild sind. Die andere Hälfte dieser Wählergruppe dürften aus Protest votieren.

Meinungsumfragen zufolge stimmten 59,1 Prozent im Jahre 2003 „eher“ bzw. „voll und ganz“ der Aussage zu, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben. (2000: 55,4 Prozent) Das stellte das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld fest.

30,1 Prozent befürworteten mehr oder weniger die Forderung, Migranten „in ihre Heimat zurückzuschicken“. (2000: 27,7 Prozent)

Der Aussage „Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss“ stimmten 23,4 Prozent der Befragten zu. (2000: 21,7 Prozent)

In anderen Analysen wird konstatiert, dass der Anteil der Deutschen, denen Juden „unangenehm“ sind, in einem Jahrzehnt von 20 auf 36 Prozent angestiegen ist.

1999 behaupteten 14 Prozent der Befragten, Juden seien an den großen Weltkonflikten schuld. 2002 waren es bereits 22 Prozent.

Fast 70 Prozent der Deutschen sind 2004 der Meinung, die muslimische Kultur passe nicht in die westliche Welt. (2003: 60 Prozent)

Generell wird das rechtsextremistische Potenzial auf 15 bis 20 Prozent geschätzt. Dabei handelt es sich um Bürger, die sich bei Umfragen rassistisch, ausländerfeindlich, auch antisemitisch äußern und sich einen neuen „Führer“ wünschen. Mit dem System unzufrieden sind inzwischen bis zu 50 Prozent der Befragten.

Mit neuen, herangewachsenen Jahrgängen, die wahlberechtigt werden, wird die Tatsache ausgeprägt, dass die Geschichtskennntnisse über die Vorgänger der Neonazis und Rechtsextremisten, ihre Parolen, ihre Taktiken und Methoden sowie die sozialen Wurzeln der braunen Bewegung völlig unzureichend sind, um die Machenschaften der Nachfahren des Faschismus beurteilen zu können. Insofern werden zunehmend junge Leute Opfer der braunen Demagogen.

Grundtorheit blieb

Ein spezielles Kapitel der Verharmlosung des Faschismus und Neofaschismus stellen verschiedenen Varianten der Totalitarismus-Doktrin dar.

Da sind vor allem die „Diktaturen-Vergleiche“ zwischen faschistischer Tyrannei im „Dritten Reich“ und der DDR. Diese „Vergleiche“ gerieren oftmals zu einer Gleichsetzung. Sie schließen die Verketzerung der antifaschistischen geistig-kulturellen Prägung der DDR-Gesellschaft ein.

Der Schmäh-Begriff vom „verordneten Antifaschismus“ soll offenbar die Tatsache verdecken, dass Antifaschismus in der DDR Staatspolitik war. Getreu den Verpflichtungen, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergaben, gehörte dazu auch, dem Faschismus durch Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher den Boden zu entziehen und faschistischen Ungeist aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu entfernen.

Zum Kapitel der Relativierung der neofaschistischen Gefahren gehört ferner die Methode, die PDS und die NPD in einem Atemzug zu nennen und auf eine Stufe zu stellen.

Sachsens CDU-Ministerpräsident Milbradt verstieg sich zu der infamen Bemerkung, NPD und PDS gehörten „zum politischen Extremismus“. Sie wiesen „in Teilen ihrer Programmatik Ähnlichkeiten“ auf.

Der bisherige Unternehmerverbands-Präsident Rogowski ging sogar so weit zu sagen, die Rechten seien weniger gefährlich als die PDS.

Zeitweilig wurde sogar die PDS, die in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern Regierungsverantwortung mit trägt, vom Verfassungsschutz observiert.

Bundestagspräsident Thierse vertrat die These, in Ostdeutschland seien „rechte Vorstellungen“ u.a. deshalb „leider abrufbar“, da hier „autoritäre Muster aus kommunistischer Zeit“ nachwirkten, weil NPD und DVU „sozialistisches Gedankengut und eine nationale Ausrichtung miteinander vermischen“. Der Bundestagspräsident geht in der antikommunistischen Diskriminierung so weit, die Neonazis als Vertreter und Verfechter „sozialistischen Gedankenguts“ darzustellen!

Antikommunismus und Kriminalisierung des Antifaschismus sind verhängnisvolle Attribute der gegenwärtig herrschenden Politik in Deutschland.

Die Feststellung Thomas Manns, der Antikommunismus sei eine Grundtorheit, bleibt trotz des Epochenwandels gültig.

Gemeinsam einheitlich handeln!

Der Neofaschismus ist unter uns! Eine alarmierende Realität!

Eine Herausforderung für alle, die für Toleranz und Solidarität, für Demokratie und Frieden eintreten.

Eine Herausforderung, die gemeinsames einheitliches Handeln aller demokratisch-antifaschistischen und humanistischen Kräfte verlangt, um

- Zeichen zu setzen gegen wachsenden Rassismus, gegen Antisemitismus und gegen Nationalismus.
- keine Verharmlosung und keine Geschichtsklitterung über die Verbrechen des Faschismus gegen die Menschheit und die Menschlichkeit zuzulassen
- die Umtriebe der neofaschistischen Nachgeburt zu verbannen.
- in der politischen Auseinandersetzung nachzuweisen, dass Faschismus ein Verbrechen ist.

Faschismus - das war Völker- und Massenmord. Das sind sechs Millionen Juden, nahezu eine Million Sinti und Roma, hunderttausende Antifaschisten und andere Verfolgte des Nazi-Regimes, die die braunen Mordbrenner und ihr Terrorregime anklagen.

Faschismus - das war die Gier nach Weltherrschaft, nach Errichtung der Tyrannei rund um den Erdball. Über 50 Millionen Menschen wurden Opfer der faschistischen Aggression und Mordmaschinerie.

Faschismus - das war die totale Liquidierung demokratischer Rechte und Freiheiten und die Verbannung ihrer Verfechter in Konzentrations- und Vernichtungslager.

Faschismus - das war nicht zuletzt „Arbeitsbeschaffung“ im Interesse der Aufrüstung Deutschlands, um seine „Gleichberechtigung“ mit anderen Mächten durchzusetzen; das war Schaffung von Infrastruktur für den späteren Aufmarsch in den Krieg.

Die Neofaschisten verehren und feiern die faschistischen Kriegsverbrecher. Sie glorifizieren das faschistische Reich und beleidigen den opferreichen Kampf der Völker gegen die faschistische Bestie. Für die überlebenden Opfer des Faschismus, für die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes, für die Völker Europas sind diese unverschämten Herausforderungen unerträglich.

Ihnen entschieden zu begegnen, vermittelt die VVN/BdA folgende Aktionsideen:

- Neofaschismus entgegentreten
- Neofaschistische Veranstaltungen be- und verhindern
- Rassistischen Äußerungen widersprechen
- Neofaschistische Zeitungen boykottieren
- Kampagnen gegen rechte Musik unterstützen Plakatwände gestalten
- An Kämpfer gegen den Faschismus, an die Opfer des NS-Terrors erinnern
- Anzeigen gegen neofaschistische Propaganda erstatten
- Aufklären, informieren, dokumentieren
- Sich für Flüchtlinge und Opfer engagieren
- Sich antifaschistisch organisieren.

Und nicht zuletzt:

Um neofaschistischem Gedankengut und rechtsextremistischer Demagogie den Boden zu entziehen, braucht es die stete politische Auseinandersetzung und einen Wechsel der Politik. Und zwar u.a.:

Eine Politik die Arbeitslosigkeit und nicht die Arbeitslosen bekämpft.

Eine Politik, die Bildung nicht verteuert und damit für viele versperrt, sondern die Chancengleichheit realisiert, in Bildung und Bildungseinrichtungen investiert und der Jugend Zukunftsperspektiven eröffnet.

Eine Politik, die nicht das Großkapital und die Großbanken sponsert und immer reicher macht, sondern sozialer Gerechtigkeit verpflichtet ist.

Eine Politik, die das friedliche, auf Gleichberechtigung basierende Zusammenleben der Völker pflegt, anstatt neoliberale Globalisierung durch immer weiter betriebene Militarisierung der internationalen Beziehungen begleitet.

Die jetzige Politik ist durch die Symptome der Gesellschaftskrise geprägt. Weshalb die Schatten der Vergangenheit und die neofaschistischen Umtriebe in der Gegenwart immer stärker hervortreten.

Deshalb das Gebot der Stunde:

*

Ein Politikwechsel muss her!